



Bei der Taiwan-Frage geht es um Kampf gegen Abspaltung, nicht gegen Demokratie

Stellungnahme des Botschafters der VR China **S.E. LI Xiaosi**

Audiatur et altera pars

Es mag vielleicht etwas weit hergeholt wirken, dieses fundamentale Prinzip aus dem römischen Recht in Anspruch zu nehmen, um die Entscheidung der Redaktion von INTERNATIONAL, die Stellungnahme des chinesischen Botschafters zu den Ereignissen um den jüngsten Besuch der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses in Taiwan zu publizieren, zu begründen. Im Sinne einer umfassenden Information sehe ich keinen Grund, einen derartigen Wunsch nicht zu erfüllen. Bekräftigt wurde ich in meiner Entscheidung allerdings auch durch die Tatsache, dass am Tag des bewusst provokanten Besuches in den meisten österreichischen Tageszeitungen ausführliche Stellungnahmen von Frau Katharine Chang, ihres Zeichen Missionschefin des Taipei Wirtschafts- und Kulturbüros in Österreich, veröffentlicht worden sind. Im Sinne von „audiatur et altera pars“ empfehle ich daher durchaus die Lektüre der Meinung des offiziellen Vertreters Chinas in Österreich.

Wir hoffen, durch diese Veröffentlichung – wie auch durch unsere regelmäßige ausführliche Berichterstattung über China (siehe auch den Artikel von Frau Prof. Susanne Weigelin-Schwiedrzik in diesem Heft) zu einer fundierten und ausgewogenen Auseinandersetzung beizutragen.

Fritz Edlinger

Nach historischen Dokumenten ist Taiwan schon seit 1800 Jahren ein Teil Chinas. Im 17. Jahrhundert fiel die niederländische Kolonialmacht in Taiwan ein und wurde von den Truppen der Qing-Dynastie vertrieben. 1895 besetzte Japan Taiwan nach dem Krieg gegen China. Die Revolution von 1911 stürzte die Qing-Dynastie. In der „Kairoer Deklaration“ von China, den USA und

Großbritannien im Jahr 1943 wurde festgelegt, Japan müsse alle besetzten chinesischen Territorien wie Nordostchina, Taiwan und die Inseln Penghu an China zurückgeben.

In der „Potsdamer Deklaration“ von China, den USA, Großbritannien und später der UdSSR im Jahr 1945 wurde festgelegt: „Die Bedingungen in der Kairoer Deklaration werden gewiss in

die Tat umgesetzt.“ Somit ging Taiwan an China zurück. Später brach der Bürgerkrieg in China aus. Am 1. Oktober 1949 wurde die Volksrepublik China gegründet und Chiang Kai-shek floh nach Taiwan. Trotz des langjährigen politischen Gegensatzes zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße hat sich nichts an der Tatsache geändert, dass die beiden Seiten zu ein- und demselben China gehören und dass Taiwan ein Teil Chinas ist. Chinas Souveränität und territoriale Integrität ist daher unverändert.

Im Oktober 1971 wurde in der 26. Vollversammlung der UNO die Resolution Nummer 2758 verabschiedet, welche unter anderem folgende Passage enthält: „To restore all its rights to the People’s Republic of China and to recognize the representatives of China to the United Nations, and to expel forthwith the representatives of Chiang Kai-shek from the place which they unlawfully occupy at the United Nations and in all the organizations related to it“.

Im Februar 1972 stellte die US-Seite im chinesisch-amerikanischen „Shanghai-Kommuniqué“ unmissverständlich fest: „The United States acknowledges that all Chinese on either side of the Taiwan Strait maintain there is but one China and that Taiwan is a part of China. The United States Government does not challenge that position.“ Genau diese Zusagen der USA haben die Normalisierung der chinesisch-amerikanischen Beziehungen ermöglicht. Im Dezember 1978 erklärten die USA im Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und den USA: „The United States of America recognizes the Government of the People’s Republic of China as the sole legal Government of China. ... acknowledges the Chinese position that there is but one China and Taiwan is part of China.“ China und die USA haben erst diplomatische Beziehungen aufgenommen, nachdem die USA die drei von chinesischer Seite gestellten Voraussetzungen erfüllt hatten: Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan, Aufhebung aller Verträge mit der Taiwan-Behörde und Abzug der US-Truppen. Im August 1982 erklärte die US-Seite in einem anderen chinesisch-amerikanischen Kommuniqué wiederholt: „In the Joint Communiqué on the Establishment of Diplomatic Relations on January 1, 1979, issued by the Government of the United States of America and the Government of the People’s Republic of China, the United States of America recognized the Government of the People’s Republic of China as the sole legal Government of China, and it acknowledged the Chinese position that there is but one China and Taiwan is part of China. ... The United States Government attaches great importance to its relations with China, and reiterates that it has no intention of infringing on Chinese sovereignty and territorial integrity, or interfering in China’s internal affairs, or pursuing a policy of „two Chinas“ or „one China, one Taiwan.“

All diese Erklärungen sind jederzeit nachvollziehbar und stellen klare, und unbestreitbare historische Tatsachen dar, die weder ignoriert noch geleugnet werden dürfen. Es gibt nur ein China auf der Welt, die Regierung der Volksrepublik China ist die einzige legitime Regierung, die ganz China vertritt, und Taiwan ist ein untrennbarer Bestandteil des chinesischen Territoriums. Dies ist nicht nur der Kerninhalt des Ein-China-Prinzips, sondern ein Konsens der internationalen Gemeinschaft und eine universell akzeptierte Norm in den internationalen Beziehungen. 181 Staaten, einschließlich der USA, haben auf der Grundlage des Ein-China-Prinzips diplomatische Beziehungen mit China aufgenommen.

Die Taiwan-Politik der chinesischen Regierung ist klar und konsequent, nämlich „friedliche Wiedervereinigung; ein Land, zwei Systeme“. Im November 1992 erreichten die beiden Seiten der Taiwan-Straße durch gleichberechtigte Konsultationen den „Konsens von 1992“, der das Ein-China-Prinzip verkörpert. Auf der

Grundlage des Konsenses haben sich die Beziehungen zwischen beiden Seiten erheblich entspannt und dynamisch entwickelt, davon profitieren alle Bewohner sowohl im Festland als auch auf der Taiwan-Insel enorm. Aber die 2016 an die Macht gekommene Demokratische Fortschrittspartei (DPP) weigert sich, den „Konsens von 1992“ anzuerkennen, sucht Unterstützung bei den USA und strebt die „Unabhängigkeit Taiwans“ an. Die USA benützen die Taiwan-Problematik, um China einzudämmen und die eigene Hegemonie aufrechtzuerhalten. Das führt zu Spannungen in der Taiwan-Straße und in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen.

Die gegenwärtige angespannte Situation ist ein unmittelbares Resultat des Besuches der Sprecherin des UN-Repräsentantenhauses Nancy Pelosi. Trotz heftigen Widerstandes und wiederholter Proteste der chinesischen Seite besuchte Nancy Pelosi ohne jegliche Rücksichtnahme die chinesische Region Taiwan, was eine schwerwiegende Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität darstellt. Zusätzlich bedeutet der Besuch auch eine grobe Einmischung in innere Angelegenheiten Chinas, einen ernsthaften Bruch von Versprechen der USA sowie eine schwere Gefährdung des Friedens und der Stabilität in der Taiwan-Straße.

Die berechtigten und legitimen Gegenmaßnahmen Chinas dienen zur Bewahrung nationaler Souveränität und territorialer Integrität. Die größten Bedrohungen des Status quo und des Friedens sowie der Stabilität in der Region kommen von den Taiwan-Behörden und den USA.

Um Sympathie in den westlichen Ländern zu erreichen und einen Keil zwischen China und den westlichen Ländern zu treiben, stellen die Taiwan-Behörden ihre Bestrebungen zur „Unabhängigkeit Taiwans“ als „Kampf für Demokratie“ dar. China hat sich nie in die inneren Angelegenheiten anderer Länder eingemischt, hat diplomatische Beziehungen mit fast allen westlichen Ländern aufgenommen und auf Grundlage des gegenseitigen Respekts freundschaftliche, erfolgreiche Kooperationen zum gegenseitigen Nutzen entwickelt. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben keine feindselige Haltung gegenüber den westlichen Ländern inklusive der USA. Bei der Taiwan-Frage geht es um den Kampf gegen die Abspaltung, nicht gegen Demokratie.

Die internationale Gesellschaft braucht zurzeit dringend Frieden und Kooperation, um gemeinsam die vielen Herausforderungen zu bewältigen. Chinas Entwicklung braucht auch ein friedliches und stabiles internationales Umfeld. Der Wille des chinesischen Volkes muss aber auf jeden Fall berücksichtigt werden. Die Taiwan-Frage betrifft die nationalen Gefühle des chinesischen Volkes. Die mehr als 1,4 Milliarden Chinesen eint der Wunsch nach Bewahrung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität. Wir sind bereit, uns mit der größten Aufrichtigkeit und Geduld um eine friedliche Wiedervereinigung Chinas zu bemühen, gleichzeitig sind wir entschlossen, die Spaltung des Landes mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. 